

Totengräber für die Cloud

VALLEY TALK | Ändert Barack Obama seine Politik nicht, würgt er den wichtigsten Wachstumsmotor der US-Wirtschaft ab - ironischerweise aus vermeintlich nationalem Interesse. Von Matthias Hohensee

Barack Obama borgt sich gern etwas vom Glanz des Silicon Valley. Regelmäßig besucht der US-Präsident das High-Tech-Tal, um Parteispenden zu sammeln und sich mit lokalen Unternehmergrößen ablichten zu lassen. In seiner jüngsten Rede zur Nation revanchierte sich Obama, als er Ebay, Google und Tesla als Jobmotoren pries. Und sich am Tag darauf von drei YouTube-Stars interviewen ließ, eine unbezahlbare Werbung für den Videoservice.

Doch so gut, wie Obama öffentlich demonstriert, ist sein Verhältnis zur High-Tech-Branche längst nicht mehr. Er könnte sogar als der Präsident in die Geschichte eingehen, der den Wachstumsmotor Internet abwürgte.

Grund ist der derzeit harte Kurs Obamas in Sachen nationale Sicherheit. Er bedroht vor allem das Cloud Computing, dessen Umsatz nach Schätzungen der Marktforschung IHS dieses Jahr 200 Milliarden Dollar erreichen soll. Noch dominieren US-Anbieter, die auch in Europa eifrig Rechenzentren errichten. Doch die Enthüllungen von Edward Snowden über die Spähangriffe des Nachrichtendienstes NSA auf E-Mails und Co. lassen Konzerne wie Microsoft, Cisco, Facebook oder Google als Erfüllungsgehilfen der Behörden erscheinen.

Apple und Google wollen den Vertrauensverlust nun wieder wettmachen, indem sie Daten so ablegen, dass nur ihr Eigentümer sie entschlüsseln kann. Doch Obama hat gerade unmissverständlich klargemacht, er werde dies aus Gründen der nationalen Sicherheit nicht tolerieren.

Der nächste öffentliche Konflikt steht im Frühjahr an. Dann wird ein Berufungsgericht entscheiden, ob US-Unternehmen auch dann Daten an die Sicherheitsbehörden herausgeben müssen, wenn diese sich auf Rechnern im Ausland befinden.

Im konkreten Fall geht es um Microsofts E-Mail-Service Hotmail. Im Rahmen einer Drogenfahndung hatte die Bundespolizei FBI gerichtlich durchgesetzt, Zugriff auf das E-Mail-Konto eines Verdächtigen zu erhalten. Der Konzern händigte das Adressbuch des Verdächtigen aus. Doch dessen E-Mails befinden sich auf irischen Servern. Die Juristen des IT-Riesen beharren darauf, dass die Fahnder deshalb die Zustimmung eines dortigen Gerichts einholen müssten.

Das FBI verlangt aus praktischen Gründen von Microsoft, als Verwalter der Daten diese auch ohne ausländischen Gerichtsbeschluss herauszurücken. Was das Unternehmen ablehnt. Unterstützt wird der Softwarekonzern nicht nur von den Wirtschaftsverbänden, sondern auch von Konkurrenten wie Amazon und Apple.

/// EUROPA PROFITIERT NICHT // .

Setzt sich das FBI durch, wäre das Geschäft mit der Cloud gefährdet. Möglicherweise verletzen dann sogar deutsche Firmen, die Kundendaten auf Rechnern von US-Anbietern speichern, europäische Datenschutzrichtlinien. Selbst wenn sich die Daten räumlich innerhalb der EU befinden.

Hiesige Cloud-Anbieter sollten aber nicht frohlocken. Über kurz oder lang werden die europäischen Ermittler den Spieß umdrehen und ihrerseits Zugriff auf Daten von US-Kunden verlangen, unabhängig davon, wo diese gespeichert sind. Damit wäre nicht nur das Cloud Computing erledigt, sondern auch das globale Internet. Schon jetzt versuchen Russland und China, ihr nationales Web einzuzäunen. Europa und die USA können kein Interesse daran haben.

Unterliegt Microsoft, wird der Konzern wahrscheinlich bis vor das Verfassungsgericht ziehen. Der Schaden ist schon jetzt immens. Gefragt ist eine politische Entscheidung, bevor der Schaden irreparabel wird. Global tätige Unternehmen dürfen sich nicht zum Erfüllungsgehilfen nationaler Interessen machen lassen. Noch kann Obama verhindern, zum Totengräber des globalen Internets zu werden.

Hohensee, Matthias